Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 132 — Donnerstag, den 7. November 1929 — 42. Jahrgang

Frühere Einberufung des Reichstages?

Baldige Erledigung des Volksentscheides.

Berlin, 5. November.

Innerhalb der Reichsregierung wird erwogen, den Reichstag früher als zu dem ursprünglich vorgesehenen Datum, den 26. November, einzuberufen. Der Grund für diese frühere Einberufung soll darin liegen, daß der Reichsregierung darum zu tun ist, den jetzt stattfindenden Volksentscheid so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen.

Die Regierung wird deshalb gleich nach der Einberufung gemäß den Gesetzesbestimmungen das sogenannte Freiheitsgesetz dem Reichstag vorlegen und ihre ablehnende Stellungnahme dabei zum Ausdruck bringen. Außer dieser Gesetzesvorlage wird der Reichstag auch bei einem früheren Zusammentreten bereits Beratungsstoff vorfinden, da andere wichtige Gesetzentwürfe noch der Erledigung harren, z. B das Gesetz zum Schutz der Republik und das Reichsministergesetz. Die endgültige Entscheidung über den Zusammentritt des Reichstags wird voraussichtlich in einer Besprechung der Parteiführer vereinbart werden, die in den nächsten Tagen stattfindet.

Um das Ehescheidungsgesetz.

Auszug des Zentrums aus dem Rechtsausschuß.

Berlin, 6. November.

Im Rechtsausschuß des Reichstages stand erneut die Frage der Ehescheidungsreform zur Beratung.

Gleich zu Beginn der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall.

Die Deutschnationalen gaben zunächst eine Erklärung ab, wonach ihre Partei jede Teillösung in dieser Frage ablehne. Der Abgeordnete Pfleger (Bayer. Volkspart.) brachte in einer Erklärung zum Ausdruck, daß für seine Person die Erleichterung der Ehescheidung eine so schwerwiegende politische Frage sei,

daß weder im Reich noch in einem Lande ein Mitglied seiner Partei einer Koalition angehören könne, deren Mehrheit sich für die Erleichterung der Ehescheidung ausspreche.

Er beteilige sich an weiteren Beratungen nur, um Verbesserungen der Anträge zur Annahme zu verhelfen. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell teilte mit, daß seine Partei bei der Reichsregierung wegen der Behandlung dieser Frage im Ausschuß vorstellig geworden sei, aber noch keine Antwort erhalten habe.

Solange seine Partei darüber nicht unterrichtet sei, könne sie nicht an den Sitzungen des Rechtsausschusses teilnehmen. Hierauf verließen die Vertreter des Zentrums geschlossen den Saal.

Die Erkrankung des Prinzen Max v. Baden

Das Befinden unverändert ernst.

Konstanz, 5. November.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat sich Prinz Max von Baden schon seit einigen Wochen nicht wohl gefühlt und auf Schloß Kirchberg, wohin er mit seiner Familie übergesiedelt war, sehr zurückgezogen gelebt.

Vor einiger Zeit erlitt Prinz Max einen Schlaganfall, der eine Ueberführung nach dem Krankenhaus in Meersburg notwendig machte. Da aber dort die nötigen Räume für den Patienten nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, ordnete der Hausarzt Dr. Zimmermann die Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus in Konstanz an, wo er sich seit etwa zwei Wochen befindet. Der Zustand des Patienten hat sich in den allerletzten Tagen so verschlimmert, daß es zu ernsten Befürchtungen Anlaß gibt. Bisher ist keine Veränderung im Befinden eingetreten.

Böse Tage in Polen.

Pilsudskis Regime.

Warschau, 6. November.

Angesichts der völlig unklaren Lage werden in parlamentarischen Kreisen mit ziemlichem Nachdruck zwei Gerüchte verbreitet. Das eine besagt, daß das Schicksal des Kabinetts Switalski bereits entschieden sei, und zwar in dem Sinne, daß für den entscheidenden Kampf mit der Opposition ein noch stärkerer Mann (d. h. wohl Marschall Pilsudski) an die Spitze der Regierung treten solle. Spätestens am Dienstag werde über die Veränderungen innerhalb des Kabinetts, die von langer Hand vorbereitet seien und nichts mit dem angekündigten Mißtrauensvotum der Opposition zu tun hätten, völlige Klarheit herrschen. Das zweite Gerücht will wissen, daß das Parlament um einen Monat vertagt werden solle. Ob in diesen, von Mund zu Mund verbreiteten Nachrichten, deren Ausgangspunkt nicht zu ermitteln ist, ein wahrer Kern steckt, kann nur die Zeit lehren. Da sie aus einer außerordentlich erregten Atmosphäre stammen, sind die Gerüchte natürlich mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Dem Sejmmarschall Daczynski ist ein Brief des Staatspräsidenten übermittelt worden. Der Brief stellt eine Antwort auf die Weigerung Daczynskis dar, an einer Sitzung mit Marschall Pilsudski teilzunehmen. Der Staatspräsident stellt darin fest, daß er die Haltung des Sejmmarschalls als Ablehnung auffasse, die Vorfälle vom 31. Oktober in der vom ihm vorgeschlagenen Weise durch eine gemeinsame Besprechung zu klären. Der Adjutant des Staatspräsidenten hat das Sejmgebäude verlassen, ohne auf diesen Brief eine Antwort zu erhalten.

Gegen 12 Uhr mittags begann die angekündigte Sitzung des Aeltestenrates, zu der der Vorsitzende des Regierungsblocks vom Sejmmarschall keine Einladung erhalten hatte. Die Uebergehung Oberst Slawecks steht im Zusammenhang mit dem vom Regierungsblock geplanten Mißtrauensvotum gegen Daczynski. Dieser gab bekannt, daß verschiedene Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden sollten, um neue Zwischenfälle zu vermeiden. Ohne besonderen Ausweis werde niemand das Parlamentsgebäude betreten dürfen. — Die zum Mittwoch einberufene Eröffnungssitzung des Senats ist auf den 12. November vertagt worden.

Die Sejmsitzung um 30 Tage vertagt.

Die Eröffnung des polnischen Sejms ist auf Grund eines Erlasses des Staatspräsidenten um dreißig Tage vertagt worden. Der Erlaß traf anderthalb Stunden vor der Sejmsitzung beim Sejmmarschall Daczynski ein. Die Lage bleibt weiter völlig ungeklärt.

Begegnung Macdonald — Tardieu?

Die Opposition gegen das Kabinett Tardieu.

Paris, 6. November.

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Flottenabrüstungskonferenz, die im Januar in London zusammentreten wird, besteht die Möglichkeit, daß Macdonald den Wunsch haben könnte, vor der Konferenz mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten Tardieu zusammen zu kommen.

Im übrigen weist der diplomatische Mitarbeiter des englischen Blattes erneut darauf hin, daß die Ernennung Maginots zum französischen Kriegsminister auch in London gewisse Sorge hervorgerufen habe, was auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß Maginot allgemein als das Sprachrohr der Marschälle und des französischen Generalstabes angesehen werde, die den Gedanken einer vorzeitigen Rheinlandräumung nach wie vor ablehnten und alles begrüßten, was auf eine Verzögerung der Räumung hinauslaufe.

Der „Figaro" ist der Ansicht, daß die Anwesenheit Briands im Kabinett Tardieu von ausschlaggebender Bedeutung dafür ist, ob das Kabinett am Donnerstag das Vertrauen der Kammer erhalten wird oder nicht.

Das Schicksal der neuen Regierung

hänge zum großen Teil von der Haltung der Radikalsozialisten und der unionistischen und sozialen Linken, der Gruppe des Abgeordneten Franklin Bouillon ab. Der „Figaro" hat deshalb ein Mitglied der radikalsozialistischen Kammergruppe, den Abgeordneten Lamoureux, um Darlegung seines Standpunktes gebeten. Lamoureux erklärte, er glaube, wenn das Kabinett auch die Klippen des ersten Tages erfolgreich umsegle, so werde

die Aussprache über die Kredite

für die neuen Unterstaatssekretäre sicherlich nicht in Ruhe verlaufen. Tardieu habe einen schweren Fehler begangen, indem er in erstaunlicher Weise die Zahl seiner Kabinettsmitglieder vermehrte.

Die Radikalsozialisten würden sich einmütig oder fast einmütig in Opposition befinden. Den Radikalsozialisten seien die Schwierigkeiten der internationalen Lage bekannt. Sie hätten in voller Kenntnis der Sachlage das große Friedenswerk Briands gebilligt und würden es weiter gutheißen.

Mit großen Befürchtungen betrachte er aber die häufigen Regierungskrisen. Nach seiner Meinung werde Frankreich eine ähnliche Zeit durchmachen wie im Sommer 1926. Unmittelbare finanzielle Gefahren beständen nicht mehr, der Haushalt sei im Gleichgewicht, der Staatsschatz gesundet. Trotzdem sei die Unsicherheit, die aus einer

Täuschung über die Mehrheit

entstanden sei, für die Interessen des Landes sehr gefährlich. Er glaube nicht, daß das die letzte Kabinettskrise gewesen sei. Franklin Bouillon führte dem Vertreter des „Figaro" gegenüber aus, er werde die Regierung um eine Klarstellung über die Rheinlandfrage, die Durchführung des Young-Planes und die davon abhängenden Fragen ersuchen. Er wisse nicht, ob das Kabinett von Dauer sein werde. Auf jeden Fall sei er entschlossen, ihm keine Stimme nicht zu geben. Vielleicht werde er sich der Stimme enthalten, wenn die erbetene Erklärung abgegeben werde.

Das Land dürfe sich nicht im Unklaren über die Außenpolitik befinden. Da Briand heute wie am 22. Oktober an der Macht sei, müsse man wissen, inwieweit sich die Bedingungen seiner Anwesenheit im Kabinett geändert hätten.

Bekämpfung der englischen Arbeitslosigkeit

Minister Thomas im Unterhaus.

London, 6. November.

Der Minister zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Thomas, gab im Unterhaus einen Rechenschaftsbericht über seine bisherigen Erfolge und die weiteren Pläne auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit.

Die Regierung gehe bei ihren Plänen in erster Linie davon aus, wie öffentliche Gelder zur Beschaffung zusätzlicher Arbeit verwandt werden könnten, die aber gleichzeitig in möglichst hohem Grade produktiven Wert für die Nation besitzen müßte. Das Ziel sei eine Förderung der Ausfuhr, Anspornung der Leistungsfähigkeit der Industrie im allgemeinen und Steigerung der Aufnahmefähigkeit aller Teile des britischen Weltreiches. Der für die Vergebung zusätzlicher Arbeiten eingesetzte Ausschuß habe bereits 220 Millionen Mark für die Verbesserung der Wasserversorgung bewilligt. Pläne für die Bereitstellung weiterer 200 Millionen Mark würden geprüft. Thomas zählte dann die bereits getroffenen oder in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen auf.

Unter ihnen sind hervorzuheben ein Auftrag von 10 000 Tonnen Stahlschlafwagen, Elektrifizierungsverträge im Werte von 25 Millionen Mark, Straßenausbesserungen und Neubauten für einen Zeitabschnitt von fünf Jahren im Werte von 190 Millionen Mark sowie Inangriffnahme eines weiteren Straßenbauprogramms für die folgenden fünf Jahre mit einem Kostenaufwand von 560 Millionen Mark. Pläne für den Ersatz von zwei großen Londoner Bahnhöfen durch moderne Neubauten mit gleichzeitigen Verkehrserleichterungen wurden für den nächsten Tagungsabschnitt angekündigt. Auf dem Gebiete der kolonialen Entwicklung werde der Bau einer modernen Brücke über den Sambesi für 50 000 Mann monatlich Arbeit schaffen. Ein Plan für eine bedeutsame Ausfuhr britischen Stahls nach Kanada befinde sich in Vorbereitung, und er hoffe, daß es möglich sei, auch auf anderen Gebieten die Ausfuhr zu steigern.

Thomas schloß mit der Feststellung, daß die allgemeine Wirtschaftslage einen Aufschwung zeige und die Aussichten sich gegenüber früher verbessert hätten.

Ungünstiger Eindruck der Erklärungen an Thomas.

Die von Minister Thomas im Unterhaus angekündigten Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in Großbritannien haben weder bei der Opposition noch in den arbeiterparteilichen Kreisen einen guten Eindruck gemacht. Allgemein ist man der Ueberzeugung, daß das von Thomas vorgelegte Programm keinen Anlaß bietet, auf eine baldige oder wesentliche Verringerung der Arbeitslosigkeit hoffen zu können. Im Gegenteil rechnet man damit, daß die Ziffer der Arbeitslosen im kommenden Winter nur wenig, vielleicht aber auch gar nicht zurückgehen werde. Bemerkenswert ist auch die Unzufriedenheit im sozialistischen Lager. Der Abgeordnete Maxton, der nach den konservativen und liberalen Rednern sprach, kündigte bereits in deutlicher Form an, daß ihm die bisherigen Zusagen des Ministers in keiner Weise genügten.

Alarmierendes Gerücht.

Die Falschmeldung über den Tod König Georgs.

Paris, 5. November.

Die Pariser Funkstation, die

eine Nachricht vom Tode des englischen Königs

verbreitete und damit sowohl in Frankreich wie auf dem europäischen Kontinent das größte Aufsehen erregte, rechtfertigt diesen Bericht folgendermaßen: Während der normalen Abwicklung des Programms habe einer der Ansager

einen telephonischen Anruf einer Nachrichtenagentur

erhalten, in dem der Tod des englischen Königs mitgeteilt wurde. Da die Funkstation des öfteren durch diese Nachrichtenagentur telephonisch unterrichtet wird, glaubte sie, keine Veranlassung zu haben, an der Richtigkeit zu zweifeln, und verbreitete die Nachricht, ohne sich vorher endgültig zu vergewissern.

Inzwischen waren jedoch Bedenken aufgetaucht.

Als die Funkstelle sich nun an den maßgebenden Stellen in Paris erkundigte, wurde ihr mitgeteilt, daß die Nachricht, die inzwischen schon den Weg durch ganz Europa genommen hatte, falsch sei.

Havas stellt Strafantrag.

Die Agentur Havas hat Strafantrag gestellt gegen die Betrüger, die sie in der letzten Woche mit falschen Nachrichten beliefert haben. Das letzte Mal wurde der Name der Agentur mißbraucht, indem dem Pariser Rundfunksender „Radio Paris" die Falschmeldung vom angeblichen Tode des englischen Königs übermittelt wurde.

Neues Personal in den Handelsvertretungen.

Kontrollorgane der Tscheka.

Moskau, 6. November.

Die Regierung der Sowjetunion hat im Zusammenhang mit den letzten Verfehlungen in den Handelsvertretungen im Ausland beschlossen, das Personal abzuberufen und die Handelsvertretungen mit kommunistischen Arbeitern zu besetzen. Die große russische Gummifabrik Treugolnik hat bereits 20 Arbeiter nach Deutschland und Frankreich entsandt, um sie in den Handelsvertretungen der Sowjetunion ausbilden zu lassen.

Der ehemalige stellvertretende Leiter der OGPU. Trilisser wurde zum Mitglied der zentralen Kontrollkommission der kommunistischen Partei ernannt. Trilisser wird die Kontrolle über die Tätigkeit der russischen Beamten im Auslande führen. Er wird den gleichen Posten bekleiden, wie Roiseman, der bekanntlich vor mehreren Wochen den Botschaftsrat Bessedowsky in Paris aufgefordert hat, nach Moskau zu kommen, um sich dort vor der Regierung zu verantworten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291107-16/fragment/page=0001

Ausland und Volksbegehren.

Pressestimmen.

Paris: Schon seit Tagen hatten die Blätter ihren Lesern die jeweils bekanntgewordenen Eintragungsziffern des Volksbegehrens mitgeteilt, und besprechen nun, nach dem erfolgreichen Abschluß in langen Leitartikeln die Aussichten des kommenden Volksentscheides.

„Der „Temps"

erklärt: Wenn die Anhänger Hugenbergs jetzt einen knappen Erfolg davon getragen hätten, so müsse man dies bedauern, weil der Volksentscheid für einige Wochen Unruhe in das politische Leben Deutschlands bringen werde. Die Nationalisten könnten sich ihres Erfolges nicht rühmen, da er eher eine Enttäuschung sei. An den abgegebenen Stimmen erkenne man, wo sich in Deutschland der Strom zu Gunsten der Friedenspolitik abzeichne, und wo sich der Widerstand gegen diese Politik sammele. Das Blatt ist nicht der Ansicht, daß die Inkraftsetzung des Youngplanes verzögert werden wird.

Das „Journal des Debats"

schreibt: Man werde abwarten müssen, ob die Nationalisten Unterstützung von anderen Parteien erhalten und eine Bewegung gegen die Auswirkungen des Versailler Vertrages schaffen könnten, oder ob die leitenden Männer den Mut haben würden, dem deutschen Volk seine internationalen Verpflichtungen vor Augen zu halten. Das Schicksal der Haager Abmachungen hänge in hohem Maße davon ab.

„Paris Soir"

sieht in dem Erfolg Hugenbergs ein Ergebnis ohne große Tragweite und

der sozialistische „Soir"

schreibt, der Erfolg werde sich nicht fortsetzen. Trotz der Drohungen Hugenbergs und Hitlers werde der reaktionäre Antrag schließlich mit einem Mißerfolg enden. Immerhin werde die Abstimmung interessant sein, da sie einen Einblick in das Denken der deutschen Maßen ermöglichen werde.

Brüssel: Die „National Belge" schreibt zur Annahme des Volksbegehrens in Deutschland: Belgien und Frankreich haben allen Grund durch die von Hugenberg erzielten Ergebnisse beunruhigt zu sein. Diese beiden Länder müssen aus dem ersten Erfolg des Kampfes gegen den Young-Plan sofort die entsprechenden Folgerungen ziehen. Da die Vertreter des Revanchegedankens in Deutschland den Young-Plan nicht annehmen wollen, müßten der gesunde Menschenverstand und die Logik auch Frankreich und Belgien dazu bringen, den Young-Plan nicht anzunehmen und infolgedessen die Räumung des besetzten Gebietes einzustellen. Der Dawes-Plan müßte in diesem Fall in Kraft bleiben. Die „Nation Belge" glaubt allerdings, daß der „Hugenbergsche Gesetzentwurf" beim Volksentscheid durchfallen werde.

Begabtenförderung in der Schule.

Stellungnahme des preußischen Kultusministers.

Berlin, 6. November.

In der letzten Zeit haben mehrfach Erörterungen stattgefunden über eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen über Schulgeldermäßigung.

Der preußische Kultusminister Dr. Becker hat demgegenüber erklärt, daß es nicht ohne Bedenken ist, die Geschwisterermäßigungen für zweite und weitere Kinder, die höhere usw. Schulen besuchen, ohne Rücksicht darauf zu geben, ob das betreffende Kind besonders gute Schulleistungen aufzuweisen hat. Es ist ferner auch nach den hier gemachten Erfahrungen richtig, daß bei

Einrechnung dieser Geschwisterermäßigungen

in die für die Förderung begabter unbemittelter Kinder zur Verfügung stehenden 20 v. H. des Schulgeldaufkommens vielfach für die wirkliche planmäßige Begabtenförderung zu wenig Mittel zur Verfügung bleiben. Diese gewiß vorhandenen Schwierigkeiten dadurch zu lösen, daß auch die Geschwisterermäßigungen nur

bei besonderer Begabung

gegeben werden, halte ich trotzdem deswegen für bedenklich, weil der Gesichtspunkt der Entlastung kinderreicher Bevölkerungskreise und das darin liegende bevölkerungspolitische Moment nicht ohne weiteres wieder aufgegeben werden kann.

Eine befriedigende Lösung ließe sich nur dann erreichen, wenn die Geschwisterermäßigungen in die erwähnten 20 v. H. des Schulgeldaufkommens nicht mehr eingerechnet werden. Gegen eine solche allgemeine Regelung sprechen indes unter den gegenwärtigen Verhältnissen so starke finanzielle Bedenken, daß auch dieser Ausweg bis auf weiteres nicht möglich sein wird.

Vertrauen zu Nadir Khan.

Zur Hinrichtung Habib Ullahs.

London, 5. November.

In Allahabad sind zwei verschiedene Lesarten über die Hinrichtung Habib Ullahs und elf seiner Anhänger eingegangen. Nach der einen soll Habib Ullah mit elf seiner Anhänger auf Anweisung des Königs Nadir an der Stelle erschossen worden sein, wo Ali Ahmed Jan, der frühere Gouverneur von Jallalabad seinerzeit auf Anweisung von Habib Ullah erschossen worden war. Nach der zweiten Lesart wurde Habib Ullah im Fort von Kabul mit zwei seiner Brüder durch Stammesangehörige aus dem südlichen Afghanistan erschossen. Die letzteren sollen die Todesstrafe verlangt haben, obwohl König Nadir Habib Ullah bereits begnadigt hatte.

Die Festigung der Regierung Nadir Khans macht erhebliche Fortschritte. Das neue Ministerium hat die Bildung einer regulären Armee begonnen. Die Kaufleute in Kabul versuchen, das notwendige Geld für die Finanzierung der Pläne der Regierung aufzubringen. Eine ganze Reihe von Anzeichen wiederkehrenden Vertrauens unter der Kaufmannschaft auch in Peschawar sprechen bereits für die ansehnlichen Erfolge in dieser Hinsicht. In den östlichen Provinzen ist eine stärkere Opposition vorläufig nicht festzustellen.

Aus dem In- und Auslande.

Strafantrag gegen Hugenberg.

Berlin, 6. November. Der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht I Berlin hat beantragt, die Genehmigung des Reichstages zur Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. Hugenberg herbeizuführen. Es handelt sich dabei um den schon bekannten Strafantrag wegen eines von Dr. Hugenberg im Berliner Lokalanzeiger vom 31. Oktober veröffentlichten Artikels.

Tagung des Vorstandes des Reichsstädtebundes.

Berlin, 6. November. **Der geschäftsführende Vorstand des Reichsstädtebundes tagte im Bundeshause in Berlin. Zur Beratung gelangten neben inneren Angelegenheiten vornehmlich die Maßnahmen zur Umwandlung kurzfristiger in langfristige Kredite, sowie der Bericht des geschäftsführenden Präsidenten Dr. Haeckel über Steuerkraftausgleich und Lastenausgleich. Der Vorstand hielt hierbei die Durchführung des von der Preußischen Regierung beabsichtigten Volksschullastenausgleichs als unaufschiebbar. Hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung setzt sich der Reichsstädtebund dafür ein, daß die beim Reichsfinanzminister beantragte Bereitstellung von 50 Millionen Mark für die produktive Erwerbslosenfürsorge bewilligt wird, damit aus diesem Fonds angesichts des Ernstes der Arbeitsmarktlage Arbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge bezahlt werden können.**

Fürst Bülows Vermächtnis an Hamburg.

Hamburg, 6. November. **Wie das Hamburger Fremdenblatt erfährt, hat Fürst Bülow dem Hamburgischen Staat seine gesamte wertvolle Bibliothek für die Staats- und Universitätsbücherei und mehrere Bilder für die Kunsthalle vermacht.**

Haftbefehl gegen einen Bombenleger aufgehoben.

Berlin, 5. November. In der Voruntersuchung wegen der Bombenattentate hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht I den gegen den Gastwirt Lothar Gengelatzky erlassenen Haftbefehl aufgehoben, weil nach dem jetzigen Stand der Ermittlungen nur Mitwisserschaft in Betracht kommt und die zu erwartende Strafe nicht so hoch ist, daß Fluchtverdacht begründet erscheint. Für die Beschuldigten Weschke und Pünjer ist von dem Verteidiger Haftbeschwerde eingelegt, über die die Strafkammer demnächst befinden wird.

Gegen Opium und Rauschgifte.

Berlin, 5. November. **Im Laufe dieses Winters wird die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit in Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Dänemark und der Schweiz Tagungen zur Bekämpfung von Opium und Rauschgiften abhalten. Die Tagung des deutschen Zweiges findet am 28. November d. J. im Reichswirtschaftsrat Berlin statt. Am Vor- und Nachmittag werden Sachverständige die politische, wirtschaftliche, juristische und medizinische Seite der Frage behandeln und eine öffentliche Abendversammlung soll weitere Kreise über die ungeheueren Gefahren aufklären.**

Udrzal mit der Regierungsneubildung beauftragt.

Prag, 6. November. Der frühere Ministerpräsident Udrzal ist vom Präsidenten Masaryk mit der Kabinettsbildung betraut worden. Die Zeit bis zum zweiten Wahlgang wurde von allen Seiten zu Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierung benutzt, ohne daß man jedoch zu einem Ergebnis hätte kommen können. Es hat den Anschein, als ob die bisherige bürgerliche Mehrheit unter Hinzuziehung der tschechoslowakischen Nationalsozialisten die Regierung bilden wollte. Die Kombination mit den tschechoslowakischen und deutschen Sozialdemokraten ist wieder in den Hintergrund getreten.

Das Goldene Priesterjubiläum des Papstes.

Rom, 6. November. In dem großen Benediktionssaal des Vatikans fand zu Ehren des Goldenen Priesterjubiläums des Papstes eine Polyglotte-Akademie statt, die von den Seminaristen der Propaganda Fide abgehalten wurde. Es wurden Vorträge in dreißig Sprachen gehalten. Der Papst wohnte der Akademie bei, umgeben von seinem Hofstaat und dem Diplomatischen Korps. Zwischen den Reden wurden musikalische Vorträge geboten. Papst Pius XI. sprach den angehenden jungen Gelehrten seine Anerkennung für die Veranstaltung aus.

Die Kronprinzen-Hochzeit doch in Rom.

Rom, 6. November. Es steht mit Sicherheit fest, daß die Hochzeit des Kronprinzen Humbert mit der Prinzessin Maria Jose von Belgien in Rom erfolgen wird. Die Hochzeit wird in der ersten Hälfte des Januar stattfinden. „Es sei überflüssig zu sagen, daß alle Zeremonien, die bei einem so außerordentlichen Anlaß üblich seien, eingehalten würden. Diese Bemerkungen, meint der „Popolo di Roma", dürften eine Antwort auf die Gerüchte sein, nach denen die Hochzeit des Kronprinzen in Turin, und zwar ohne jeden Prunk, stattfinden soll.

Die Truppen Fengs entscheidend geschlagen.

Peking, 6. November. Nach einer Mitteilung des chinesischen Kriegsministeriums ist es den chinesischen Truppen gelungen, einen entscheidenden Sieg über die Truppen Fengs zu erzielen. Sie durchbrachen die Stellungen Fengs und schlugen dessen Truppen in die Flucht. 17 000 Soldaten Fengs wurden gefangen genommen. Tschangschau ist in der Nacht von den Regierungstruppen besetzt worden. Nach Ansicht des chinesischen Kriegsministeriums kann der Aufstand Fengs nunmehr als zusammengebrochen gelten.

Der Oberbefehlshaber der weißrussischen Streitkräfte in Nordchina.

Tokio, 6. November. Sämtliche weißgardistischen Organisationen haben in einer Sitzung in Charbin den Kosakenführer Ataman Semenow zum Oberbefehlshaber sämtlicher weißrussischen Streitkräfte in Nordchina ernannt. Semenow hat den Oberbefehl angenommen. Er richtete ein Schreiben an die Mitglieder des diplomatischen Korps in Peking, in dem er erklärt, er hoffe, daß die ganze zivilisierte Welt ihn im Kampf gegen den Kommunismus unterstützen werde.

Kleine politische Meldungen.

Ein deutsch-schweizerisches Abkommen unterzeichnet. In Bern ist ein Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz über die gegenseitige Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen unterzeichnet worden.

Faschistenfeindlicher Anschlag in Monaco. In Monaco wurde ein faschistenfeindlicher Anschlag verübt. Vor einem Hause in der Avenue de Monaco, in dem die Faschisten des Fürstentums regelmäßig zusammenkamen, explodierte eine Bombe. Der Sachschaden ist sehr groß. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Ein Dementi Aman Ullahs. Aman Ullah bestreitet die Behauptung, er habe König Nadir gebeten, ihn zum afghanischen Gesandten in Rom zu ernennen. Ein derartiger Antrag sei von ihm niemals gestellt worden.

Aus der Umgegend

Nebra, 7. November.

— **Temperatursturz.** Während einerseits vielfache Meldungen kommen, daß infolge des fortgesetzt warmen Herbstwetters die Obstbäume in den Gärten in schönster Blüte stehen, hat andererseits in der verflossenen Nacht das starke Zusammenschrumpfen der Quecksilbersäule im Thermometer gezeigt, daß der Novembermonat auch eine kleine Extratour zu tanzen vermag. Bis auf 5 Grad unter Null ist die Temperatur im Freien in letzter Nacht gefallen und damit dürfte wohl all die Blütenherrlichkeit zunichte geworden sein. Wenn auch im Laufe des heutigen Tages die Temperatur sich langsam erholt und das Thermometer einige Grad über Null anzeigt, so darf doch angenommen werden, daß der sonnige Frühling im Herbst nunmehr der Vergangenheit angehört, ja daß wir so nach und nach in den Winter hineinschlittern werden. Hoffentlich wird er diesmal nicht so streng wie im Vorjahre.

— **In der „Sorge"** findet am Sonnabend ein Schlachtefest mit anschließendem Wurstschmaus statt. Der Sonntag bringt großen Dielenbetrieb.

— **Achtung, Briefsendungen nach dem Ausland richtig frei machen!** Trotz wiederholter Hinweise werden immer noch in großer Zahl Briefsendungen nach dem Ausland von den Absendern unzureichend frei gemacht. Volle Freimachung der Sendungen liegt im eigenen Vorteil der Absender, da sie dem Empfänger auf diese Weise die Bezahlung von Nachgebühren sparen, die in der Regel in doppelter Höhe des Fehlbetrages bei der Aushändigung der Sendung erhoben werden. Außerdem kommen die Absender nicht in die Gefahr, daß die Annahme der Sendungen von den Empfängern wegen der Belastung mit Nachgebühren verweigert wird und daß die Nachgebühren dann von ihnen eingezogen werden.

— **Feilbieten von Bäumen und Sträuchern im Umherziehen.** Immer wieder werden Klagen laut, daß insbesondere auf dem Lande ein unzulässiger Handel mit Obstbäumen und -Sträuchern im Umherziehen stattfinde. Es wird deshalb die Bestimmung der Gewerbeordnung in Erinnerung gebracht, wonach alle Art Bäume und Sträucher von Ankauf und Feilbieten im Umherziehen ausgeschlossen sind. Nach ihr werden die Polizeibehörden aufgefordert, diesem Verbot nachdrücklich Geltung zu verschaffen und etwaigen Zuwiderhandlungen unnachsichtlich, nötigenfalls mit polizeilichem Zwang, entgegenzutreten. Es liegt im eigenen Interesse der obstbautreibenden Bevölkerung, wenn sie die Polizeibehörden bei der Bekämpfung dieses unzulässigen Hausierhandels unterstützt.

— **Giftgase im Weinkeller.** Immer wieder werden Unfälle gemeldet, die darauf zurückzuführen sind, daß die Weinkeller ohne Vorsichtsmaßregeln betreten werden und dann infolge der betäubenden Wirkung der Gärdünste des Weines Unfälle eintreten, die einen schlimmen Ausgang nehmen können. Es ist daher geboten, den Weinkeller zur jetzigen Zeit nur mit einer offen brennenden Kerze zu betreten. Erlischt das Licht, dann ist schleunigster Rückzug aus dem Keller anzutreten.

— **Manteldiebe.** Der Herbst hat sie wieder auf den Plan gerufen; es mehren sich wieder die Manteldiebstähle in Wirtschaften und Kaffeehäusern. Erfahrungsgemäß haben in den meisten Fällen die Geschädigten selbst einen Teil Schuld daran, denn sie lassen ihre Mäntel oft längere Zeit ohne Aufsicht hängen. Erhöhte Aufmerksamkeit des Publikums ist dringend erforderlich.

Roßleben. [Jagdergebnis.] Auf der am Montag stattgehabten Jagd in Rieth- und Feldflur Roßleben wurden im ganzen 114 Hasen erlegt.

Allerstedt. Im 81. Lebensjahre verstarb hier am Sonnabend der auch in der Umgegend bekannte Wald- und Wiesenaufseher der Allerstedter und Bachraer Gutsbesitzungen Adolf Michaelis. Die Bachraer Herrschaft verliert in ihm einen ihrer Alten und Getreuen, auf die sich verlassen konnte. Im Vereinsleben war M. eine bekannte Persönlichkeit. Namentlich der deutschen Kriegervereinssache widmete sich der Verstorbene gern, so daß ihn die Kameraden von Allerstedt und Umgebung in gutem Andenken behalten werden.

Mücheln. Ein Epileptiker im Schlammerstickt. Der Fleischer Koch in Gehütte, der an Krämpfen leidet, wurde beim Arbeiten in seinem Garten, durch den die Geisel fließt, von einem Anfall überrascht. Der Unglückliche stürzte mit dem Gesicht in den Schlamm des Flüßchens, so daß er erstickte. Erst später wurde Koch von seinen Angehörigen gefunden. Der sofort geholte Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Naumburg. Postauto in Flammen. Auf der Fahrt nach dem Bahnhof geriet in der Nähe des Marientors ein Postauto in Brand. Nach angestrengten Bemühungen gelang es, das Feuer zu löschen. Die in dem Auto befindlichen Pakete konnten in Sicherheit gebracht werden.

Merseburg. 2-Millionen-Anleihe für Siedlung Dürrenberg. Vor Beginn der Sitzung des Kreistages von Merseburg statteten die Abgeordneten der Großsiedlung Dürrenberg und dem Kreiswasserwerk in Lützen einen Besichtigungsbesuch ab. Dem Antrag auf Bürgschaftsübernahme für eine Anleihe der Wohnungsbaugesellschaft Dürrenberg in Höhe von 2 Millionen Mark wurde nach kurzer Debatte zugestimmt.

Halle. Der Mörder der Ida Heimbach entdeckt. In der Mordsache Heimbach lenkte sich im Laufe der weiteren Ermittlungen der Tatverdacht auf den 29jährigen Arbeiter Hermann Darius, der im Nachbargrundstück, Prinzenstraße 4, wohnte. Darius ist ein anormal veranlagter Mann. Er wurde am 2. November bereits festgenommen und hat erst jetzt unter dem inzwischen herbeigeschafften erdrückenden Beweismaterial ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er erklärte, das Kind im Sinnenrausch gewürgt und dadurch den Tod herbeigeführt zu haben. Darius wird dem Untersuchungsrichter zugeführt werden. — Der wegen Tatverdachts festgenommene Schmied Willi Müller, der Stiefvater der kleinen Heimbach, ist wieder entlassen worden, weil gegen ihn keinerlei Verdacht mehr bestand.

Teutschenthal. Auf dem Schacht der Burbach-Kaliwerke fiel dem Arbeiter Paul Reifenstein ein Stück Salz auf den Kopf. An einem erlittenen Schädelbruch starb er kurze Zeit darauf.

Oldisleben. Als ein Zeichen der diesjährigen anormalen Witterung ist zu berichten, daß in einem Garten der Möllendorfgasse zum zweiten Male in einem Jahre reife Himbeeren geerntet werden konnten.

Weimar. Der Staat fordert die Theaterbeiträge. Das Thüringische Volksbildungsministerium in Weimar hat jetzt die Theaterstädte aufgefordert, nunmehr unverzüglich bis spätestens 1. Dezember den fälligen Pflichtbeitrag für den Betrieb der Landestheater für die Spielzeit 1928/1929 an die Landeshauptkasse nach Weimar abzuführen. Wenn diese Ueberweisung nicht erfolgt, will die Regierung den Städten die in Frage kommenden Beträge von den ihnen zustehenden Reichssteuerüberweisungen abziehen.

Apolda. In der Nähe von Röbigsdorf verunglückte auf der Staatsstraße der Maler Körschau aus Umpferstedt in der Nacht zum Montag tödlich. Körschau, der ohne Licht fuhr, geriet mit seinem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291107-16/fragment/page=0002

Fahrrad unter ein Auto, dessen Vorderräder ihn so schwer verletzten, daß der Tod alsbald eintrat. Als Ursache des Unglücksfalls kommt der starke Alkoholgenuß des Verunglückten in Frage.

Gera. Schwere Theaterkrise in Gera. Das ehemalige Reußische Hoftheater in Gera, das nach Eintritt der staatlichen Umwälzung bei der Auseinandersetzung mit dem damaligen Landesherrn von diesem mit abgetreten und im Verband der Reußischen Stiftung für Kunst und Volkswohlfahrt fortgeführt wurde, hat zum 30. Juni 1930 allen Angehörigen des Reußischen Theaters der Oper und des Schauspieles gekündigt. Der Erbprinz Reuß weigert sich, einen jährlichen Zuschuß von 250 000 Mark an das Theater weiter zu zahlen, wenn nicht ein gleicher Betrag vom Staat Thüringen oder Kreis Gera beigesteuert wird, weil sich das Theater ohne einen Zuschuß von 500 000 Mark jährlich nicht auf der jetzigen künstlerischen Höhe erhalten läßt. So besteht die Möglichkeit, daß Gera nächstes Jahr ohne Theater bleibt.

Erfurt. Gegen Fortfall der Filialsteuer. Der Thüringische Städteverband beschäftigte sich in einer Eingabe an Landtag und Regierung mit dem Antrag der Deutschen Volkspartei auf Abänderung des Paragraphen 18 des Gemeinde- und Kreisabgabengesetzes. Dieser Antrag bezweckt die Freilassung der sogenannten Fabrikationszweigstellen von der den Gemeinden zustehenden Zweigeschäftssteuer. Der Vorstand des Thür. Städteverbandes bittet um Ablehnung dieses Antrages. Die finanziellen Auswirkungen würden für eine ganze Reihe von Gemeinden stark ins Gewicht fallen und besonders eine Anzahl kleinerer Gemeiden in größte Schwierigkeiten bringen. Unter anderem würden bei Annahme des Antrages in folgenden Städten und Gemeinden der folgende jährliche Ausfall entstehen, berechnet nach den Einnahmen des laufenden Rechnungsjahres: Allstedt 1800 Reichsmark Ausfall, Altenburg 3482,40 Auma 2288, Eisenach rund 50 000, Eisfeld 1000, Gera 26 000, Gößnitz 4256, Greiz 31 818, Jena 3600, Meiningen 2683, Meuselwitz 10 400, Rositz 8933, Ruhla 8863, Schweina 14 000, Stadtilm 3000, Wintersdorf 2559, Winzlschendorf 2000 und schließlich hätte auch Zeulenroda einen Ausfall von 2700 Reichsmark. Die außerordentliche Finanznot der Gemeinden sei allgemein bekannt und der Landtag sollte ihnen daher nicht erneut die Einnahmen kürzen.

Erfurt. Ein gemeingefährlicher Betrüger, der den Aberglauben der Landleute benutzte, um sie zu schröpfen, ist der am 15. April 1884 in Sömmerda geborene, vielfach vorbestrafte Heilgehilfe Wilhelm Müller, der sich vor einigen Tagen wegen Rückfallbetrugs vor dem Erfurter Amtsgericht zu verantworten hatte. Vor Beginn der Verhandlung lehnte er das Gericht ab. Hierzu bemerkte der Vorsitzende, Gerichtsassessor Dr. Conrad: „Sie kennen mich doch gar nicht; denn ich bin doch erst gestern in Erfurt eingetroffen. Haben Sie denn gegen mich den Verdacht der Befangenheit? Regen Sie sich nicht auf. Ich erkläre mich für völlig unbefangen." Angeklagter (aufbrausend): „Wenn in die Verhandlung eingetreten wird, bin ich einfach verratzt, verurteilen Sie mich zum Tode, mir ist alles gleich!" Nachdem Oberamtsanwalt Petermann eine viermonatige Gefängnisstrafe beantragt hatte, rief der Angeklagte: „Hauen Sie mir den Kopf ab, damit ich endlich Ruhe habe!" Das Urteil lautete dem Antrag des öffentlichen Klägers gemäß. Müller rief darauf: „Ich lege Berufung ein und gehe bis ans Reichsgericht."

Stadtilm. Rekordgeigenbau aus Streichhölzern. Der Arbeiter Otto Lampert baute aus 2000 Streichhölzern eine Geige von Normalgröße. Das Instrument, das für einen ansehnlichen Preis bereits einen Liebhaber gefunden hat, ist von Kennern untersucht worden, die sich lobend darüber aussprachen. Vier Wochen hat er zu dem Werk gebraucht, und er hat damit sozusagen einen Rekord aufgestellt; denn ein Fleischergeselle, der vor zwei Jahren auch eine Streichholzgeige baute, brauchte dazu mehr Zeit und auch die doppelte Zahl Streichhölzer.

Aus Nah und Fern.

Bautzen. Tödlich überfahren. In Rattnitz wurde ein Mann von einem Dresdner Auto tödlich überfahren. Der Getötete, der Vater von vier Kindern ist, der sich mit einem Begleiter auf dem Wege befand, soll vom Straßenrande zu weit nach der Straßenmitte gegangen sein.

Borna. Miezen wird versteuert. Der Kreisausschuß Leipzig hat in Anbetracht der anschaulichen Schilderung, die die Stadt Borna über die dort herrschende Katzenplage gab, genehmigt, daß die Stadt eine Katzensteuer erheben darf. Der Satz ist für jede erste Katze 6 Mark und für jede weitere Katze 24 Mark.

Leipzig. Pelzfirmen schwer geschädigt. Die Inhaber einer in der Jerusalemer Straße in Berlin gelegenen, vor einem halben Jahre gegründeten Pelzfirma, die beiden Kompagnons Nimorowitzsch und Naschatyr, sind nach Unterschlagung großer Summen aus Berlin verschwunden. Durch die Betrügereien sind in erster Linie Pelzfirmen in Leipzig geschädigt worden. Insgesamt soll der Schaden rund eine Million Mark betragen. Nimorowitzsch und Naschatyr bezogen von Leipziger Firmen Pelzsachen in Kommission oder gegen Kasse, beglichen jedoch mit Wechseln oder auch Schecks. Diese waren ohne Deckung, die Wechsel wurden nicht eingelöst. Die gelieferten Waren wurden sofort verschleudert. Der Betrug wurde erst dieser Tage durch den Vertreter einer Leipziger Firma entdeckt, der in Berlin erschienen war, um abzurechnen, aber die Inhaber der Firma nicht mehr antreffen konnte.

Köppelsdorf bei Sonneberg. Beim Transport schwer verletzt. Auf dem Güterbahnhof waren Arbeiter im Begriff, einen schweren Transformator zu verladen. Als der Transformator bereits ziemlich hoch gewunden war, versagte die Sicherheitsvorrichtung, die Antriebskurbel schlug heftig rückwärts und traf den 25jährigen Arbeiter Hilmar Weber aus Hüttensteinach derart am Kopf, daß der Arbeiter mit einem schweren Schädelbruch dem Kreiskrankenhaus zugeführt werden mußte, wo er in bedenklichem Zustande daniederliegt.

Rödigsdorf. Der Tod auf der Landstraße. In der Nacht wurde die Weimarer Sanitätskolonne alarmiert, da auf der Landstraße bei Rödigsdorf ein Radfahrer von einem Leipziger Auto überfahren worden sei. Man konnte nur noch den Tod des Mannes feststellen. Es handelt sich um einen Umperstedter Einwohner namens Kötschau, der ohne Licht gefahren sein soll. Das Auto war mit fünf Mitgliedern des Rudolstädter Landestheaters besetzt und wollte nach Leipzig fahren. Die Schuldfrage ist noch nicht restlos geklärt.

Zwenkau. Ein Motorradfahrer tödlich überfahren. Auf der Staatsstraße zwischen Zwenkau und Prödel ist ein Kraftradfahrer von einem unbekannten Personenkraftwagen angefahren und ein Stück geschleift worden. Der Angefahrene wurde in das Krankenhaus in Zwenkau eingeliefert und ist dort verstorben. Ein Zeuge hat von dem in sehr schneller Fahrt befindlichen Personenkraftwagen als Kennzeichen nur die Nummer III 35 . . . erkennen können. Wer Angaben zur Ermittlung des Führers oder Besitzer des Kraftwagens machen kann, wird gebeten, sich beim Kriminalamt oder der nächsten Polizeidienststelle zu melden.

Spechtritz. Zwangsversteigerung der Spechtritzmühle. Die als Einkehrstätte beliebte Spechtritzmühle im Rabenauer Grunde kommt nach einer Bekanntmachung des Amtsgerichts Dippoldiswalde am 13. Dezember dieses Jahres zur Zwangsversteigerung.

Clausnitz (Chemnitztal). Kinobrand während einer Kindervorstellung. Bei einer Kindervorstellung geriet der Filmstreifen in Brand. Die geängstigten Kinder konnten aus dem Zuschauerraum gebracht werden, ohne daß eines von ihnen verletzt worden wäre. Ein junger Mann drang bei den Löscharbeiten in den Vorführungsraum ein und wurde dort rauchvergiftet aufgefunden. Zum Glück waren die von einem Arzte angestellten Wiederbelebungsversuche von Erfolg begleitet.

Friedrichshafen. Keine Schweizer Fahrt des Zeppelins. Die geplante Schweizer Fahrt des „Graf Zeppelin" wurde abgesagt und auf Donnerstag oder Freitag festgesetzt.

Kleine Chronik.

‡ **Bankzusammenbruch in Chikago.** Der amerikanische Börsenkrach hat zum Zusammenbruch der City-Bank in Neuyork geführt, die am Montag ihre Pforten schließen mußte, da die eingetragenen Reserven und die Unmöglichkeit einer Flüssigmachung der vorhandenen Aktiven die Befriedigung der Ansprüche nicht erlaubte. Da nach der gesetzlichen Vorschrift sieben Tage vergehen müssen, bevor die finanzielle Lage der Bank endgültig bestimmt werden kann, sind inzwischen Versuche eingeleitet worden, um den völligen Zusammenbruch zu vermeiden.

‡ **Raubmord bei Reichenberg.** Spaziergänger hörten auf dem Marienwege bei Reichenberg kurz hintereinander drei Schüsse fallen und fanden die blutüberströmte Leiche eines Mannes vor. Der Tote wurde als der 33 Jahre alte Fabrikant Erwin Löwy festgestellt. Der Fabrikant war durch drei Schüsse aus einer Entfernung von etwa zehn Metern von rückwärts erschossen und beraubt worden. Die Spuren des Mörders werden bereits verfolgt.

‡ **Die vermißten Arktisflieger auf der Viktoria-Insel gefunden.** Oberst Mac Alpine und die sieben anderen Fliegeroffiziere, die seit zwei Monaten in dem arktischen Gebiet vermißt worden waren, sind am Montag in der Cambridgebucht auf der Viktoriainsel gefunden worden. Die Funkstelle zeigt, daß die Fliegergruppe von ihrem Kurs abgetrieben und aus Mangel an Brennstoff zu einer Notlandung gezwungen wurde.

‡ **„Die Spiritus-Probe".** In Kopenhagen fand ein Prozeß statt, der eine recht lustige Vorgeschichte hat. Ein Grünkramhändler und seine Frau waren nach zehnjähriger Ehe überein gekommen, daß die Frau das Recht habe, die Wohnungstür durch eine Kette zu sichern, wenn der Ehemann erst um Mitternacht nach Hause käme. Er sollte erst dann Zutritt zur Wohnung haben, wenn er eine „Spiritus-Probe" bestanden hätte. Diese Probe sollte so vor sich gehen, daß er durch den Briefkastenschlitz hauchen sollte, um der Frau dadurch den Beweis von seiner Nüchternheit zu erbringen. Der in dem Abkommen vorgesehene Fall trat nun kürzlich ein. Da der Mann wußte, daß er die Probe nicht bestehen würde, bewegte er durch ein geringes Entgelt einen Kraftwagenführer dazu, bei der „Spiritus-Probe" als Stellvertreter zu fungieren. Durch diese List gelang es ihm, die „Festung" einzunehmen. Als seine Frau feststellte, daß sie hinters Licht geführt worden war, gab es großen Streit, der schließlich in eine Schlägerei ausartete, so daß das ganze Haus mobil wurde und beide Ehegatten schließlich zur nächsten Wache geführt wurden. Das brachte ihnen einen Prozeß wegen Störung der Nachtruhe und Herbeiführung eines Straßenauflaufs ein, wofür sie mit je 30 Kronen büßen mußten.

Gefährlicher Warenhausbrand in Köln.

Zwei Feuerwehrleute getötet.

= **Köln, 5. November,**

In der Filiale des Einheitspreiskaufhauses Ehape in Köln-Ehrenfeld brach in dem Reservekeller aus bisher ungeklärter Ursache ein Brand aus. Da bisher der Keller keine Lüftungsanlage aufwies, war ein außerordentlich starker Rauch entstanden, außerdem konnten durch den engen Keller jeweils nur zwei Feuerwehrleute nach unten vordringen.

Als die beiden ersten Feuerwehrleute, mit Gasmasken versehen, an den Brandherd vordringen wollten und lange ausblieben, sandte man zwei weitere Feuerwehrleute in den Keller, die ihre beiden Kameraden besinnungslos am Boden liegend vorfanden. Man schaffte die Bewußtlosen sofort ins Krankenhaus, wo sie inzwischen gestorben sind.

Die Feuerwehr sah sich schließlich gezwungen, um den Brandherd bekämpfen zu können, im Verkaufsraum mehrere Löcher in den Fußboden zu schlagen, um zunächst einmal den starken Rauch abziehen zu lassen. Erst dann gelang es in mühevoller Arbeit, das Feuer zu löschen.

Bluttat in Königsberg.

Mord am Stiefvater.

= **Königsberg, 5. November.**

In der Friedmannstraße 51 in Königsberg spielte sich ein blutiger Vorfall ab. Der Schornsteinfeger Gustav Fürst, der in betrunkenem Zustande mit seiner Frau Händel anfing und gegen sie tätlich wurde, wurde von seinem Stiefsohn, dem Malergehilfen Erich Böhm, durch drei Schüsse aus einer Armeepistole niedergestreckt. Fürst war sofort tot. Durch die Schüsse wurde auch eine Stieftochter im Rücken schwer verletzt, ein zukünftiger Schwiegersohn erlitt eine Verletzung am linken Unterarm.

Der Täter stellte sich sofort der Polizei. Die verletzten Personen wurden in das städtische Krankenhaus gebracht. Der Ermordete, der als ein roher Mensch bekannt war, hatte öfters Drohungen gegen die Familie ausgestoßen, die den Stiefsohn angeblich veranlaßt haben, immer eine Schußwaffe bei sich zu tragen.

Rußlandflüchtlinge nach Kanada unterwegs.

Kiel, 5. November. An Bord eines russischen Dampfers durchfuhren 323 deutsch-russische Auswanderer den Kaiser-Wilhelm-Kanal auf der Fahrt nach Kanada. Es handelt sich um 53 Familien, deren Vorfahren sich bereits im 18. Jahrhundert in Rußland ansiedelten. Durch die Verhältnisse in Rußland gezwungen, auszuwandern, beabsichtigen die Bauern, die deutsche Sitten und deutsche Sprache bewahrt haben, sich in Kanada anzusiedeln. Es handelt sich bei dieser Gruppe der im ganzen etwa 6000 deutsch-russischen Auswanderer angehören, um eine Anzahl Kolonisten, denen es auf noch nicht festgestellte Weise gelungen ist, nach Deutschland zu entkommen, um von hier die Weiterreise anzutreten.

45 000 Kilometer als blinder Passagier.

Hamburg, 6. November. Vor dem Gericht hatte sich ein 30jährige Arbeiter zu verantworten, der als blinder Passagier auf der deutschen Reichsbahn innerhalb von 5 Monaten 45 000 Kilometer zurückgelegt hatte. Der Arbeiter hatte lediglich mit einer Bahnsteigkarte bewaffnet Fahrten vor allem zwischen Essen, Düsseldorf, Köln und Koblenz gemacht. Auf einer Schwarzfahrt nach Hamburg ereilte ihn das Schicksal. Der Angeklagte gab seine Vergehen zu. Entgegen dem Antrag des Staatsanwaltes, der auf 6 Monate Gefängnis lautete, verurteilte das Gericht den Schwarzfahrer zu 6 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Die Leute mit den Deckkonten.

Voruntersuchung gegen 5 Personen der Sklarekfache.

= **Berlin, 6. November.**

Unter Vorbehalt der vorgefundenen Kassenbelege und der Decknamen geführten Konten wurde durch die Staatsanwaltschaft I der Bürgermeister Schneider, die Stadträte Degner und Gaebel, Direktor Schüning und Stadtamtsrat Sacoldowski vernommen.

Nachdem auch die Gebrüder Sklarek hierzu vernommen waren, hat die Staatsanwaltschaft I die Eröffnung der Voruntersuchung gegen die zuerst genannten 5 Personen wegen passiver Bestechung und gegen die Gebrüder Sklarek wegen aktiver Bestechung beantragt.

Die Gläubigerversammlung.

Die Gebrüder Sklarek hatten den Antrag gestellt, daß sie in der ersten Gläubigerversammlung persönlich anwesend sein dürften. Es wird aber jetzt bekannt, daß dieser Antrag abgelehnt worden ist, und zwar glaubt man, daß die Gründe darin zu suchen sind, daß man im Falle des persönlichen Erscheinens der Sklareks in der Gläubigerversammlung großer Skandal- und Lärmszenen gewärtig sein müsse.

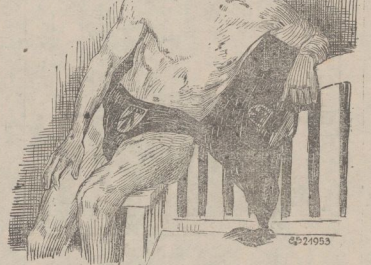
Afghanische Geistlichkeit und Regierung.

Kairo, 6. November. Wie aus Teheran gemeldet wird, sind dort über die politische Lage in Afghanistan neue Nachrichten eingetroffen. Nach einer Mitteilung aus Kandahar hat dort eine Versammlung der afghanischen Priester stattgefunden, bei der die weiteren Beziehungen zwischen dem afghanischen Priestertum und Nadir Khan besprochen wurden. Die afghanischen Priester haben beschlossen, sie würden nur dann die Politik Nadir Khans unterstützen, wenn er sich bereit erkläre, die Politik Amanullahs sofort einzustellen. Das Priestertum hat sich gegen die Eröffnung ausländischer Schulen ausgesprochen. In Kabul wurde verlangt, daß die afghanische Regierung den Afghanen verbiete ins Ausland zu gehen. Im Priestertum befindet sich eine starke Gruppe, die bis jetzt noch die Politik Habib Ullahs unterstützt hat. Wie weiter gemeldet wird, hat Nadir Khan mitgeteilt, daß er die Kirche vom Staat trennen und verbieten werde, daß die Kirche sich in Staatsgeschäfte einmische.

Spiel und Sport.

Wichtiges für alle Sportsleute!

In der nächsten Nummer des Nebraer Anzeigers wird eine neue Rubrik eröffnet werden, die in Zukunft alle 8 Tage erscheint. Es handelt sich jedes Mal um eine Reihe von Fragen, die die amtlichen D. F. B.-Regeln betreffen, die an Spieler und Freunde des Sportes gerichtet sind. Acht Tage später werden jeweils die Antworten erfolgen. Hiermit bietet sich eine Gelegenheit für alle Sportsleute, einen wichtigen Teil der Regeln kennen zu lernen. Alles Weitere folgt in der nächsten Nummer.



Küppers schwimmt Europa-Rekord.

Bei der Internationalen Jubiläumsveranstaltung des S. V. Ruhrort 1909 konnte der Meister Küppers-Viersen im Hundertmeter-Rückenschwimmen mit 1 : 99 seine in Hamburg erzielte Bestleistung um 0,6 Sekunden unterbieten. Er stellte damit einen neuen europäischen Rekord auf.

Einen Vorsprung von einem ganzen Jahre gewinnt der, welcher im Herbst pflanzt!

Von außerordentlicher Bedeutung ist deshalb der unserer heutigen Auflage beiliegende Prospekt der Firma M. Peterseims Blumgärtnereien in Erfurt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291107-16/fragment/page=0003

Immer wieder Provokationen.

Wien, 5. November.

In Wien kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten.

In Mödling teilten Nationalsozialisten Werbeschriften aus. Als sie vor das sozialdemokratische Arbeiterheim kamen, wurden sie dort mit Schimpfworten empfangen. Da die Lage immer bedrohlicher wurde, mußte Gendarmerie herbeigerufen werden, unter deren Schutz die Nationalsozialisten aus dem Bereich des Arbeiterheims gebracht werden konnten. Als kurze Zeit später die Nationalsozialisten nochmals in die Nähe des Arbeiterheimes kamen,

entstand eine Schlägerei,

bei der es zahlreiche Leichtverletzte gab. Als Gendarmerie einschritt, wurde sie mit Pfiffen und höhnischen Rufen empfangen. Ihre Bemühung, Ordnung zu stiften, blieb erfolglos, ja, sie wurde nunmehr selbst angegriffen und hatte eine große Anzahl von Leichtverletzten.

Die Gendarmen gingen darauf mit gefälltem Bajonett vor und säuberten die Straße.

Dabei wurde der Tischlermeister Johann Piplitz durch einen Bajonettstich am linken Auge schwer verletzt. — Zu einem zweiten Zusammenstoß kam es in Purkersdorf, wo ungefähr 2000 Heimwehrleute aufmarschiert waren. Während der Feldmesse kam eine Gruppe jugendlicher Sozialisten vorbei. Auch hier kam es zu einem regelrechten Handgemenge, bei dem es mehrere Verletzte gab.

Das Gespräch mit Berlin.

Eine alte Unsitte, die große Fernsprechrechnungen verursacht.

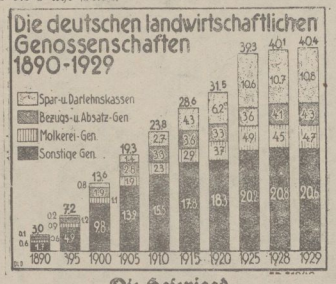
Ueber die Frage: Wie spare ich Fernsprechgebühren? hat vielleicht schon mancher Fernsprechteilnehmer nachgedacht, wenn er nach einem mit einem auswärtigen Geschäftsfreunde geführten Gespräch dann die Höhe der Gebühr erfuhr, wo er doch nach seiner Meinung „nur ein paar Minuten" gesprochen hatte.

In Wirklichkeit spielt sich die Sache häufig folgendermaßen ab: Herr Meier meldet beim Fernamt ein Gespräch mit einer Firma in Berlin, Anschluß „Zentrum 2167", an. Wenn die Anmeldung nicht gerade in die Zeit des stärksten Verkehrs (9—12 und 15—18 Uhr) fällt, wird die Verbindung in kurzer Zeit hergestellt. Auf den Anruf des Fernamts „Ihre Anmeldung nach Berlin" meldet sich zunächst ein Angestellter des Herrn Meier, da Herr Meier inzwischen für kurze Zeit das Zimmer verlassen hatte. Als er sich dann am Apparat meldet, fragt er, ob der Inhaber der Firma, Herr Schulze, persönlich am Apparat sei. Dies ist nicht der Fall.

Herr Schulze wird deshalb von seinem Angestellten davon in Kenntnis gesetzt, daß Herr Meier ihn am Fernsprecher zu sprechen wünsche. Da Herr Schulze sich aber gerade mit einem Kunden unterhält, den er nicht ohne weiteres stehen lassen will, vergehen mehrere Minuten, bis er sich am Fernsprecher meldet. Jetzt beginnt die eigentliche Unterhaltung zwischen den beiden, die vielleicht wirklich „nur ein paar Minuten" dauert. Herr Meier muß aber die Gebühr von dem Zeitpunkt an bezahlen, zu dem seinem Angestellten das Gespräch mit Berlin angekündigt wurde.

In diesem Augenblick stellt nämlich die Post die Verbindung zwischen den beiden Sprechstellen zur Verfügung und gibt Herrn Meier die Möglichkeit, das angemeldete Gespräch mit Berlin zu führen. Daß beide Herren erst von ihren Angestellten an den Apparat gerufen werden mußten und dadurch mehrere Minuten nutzlos verstrichen, war nicht Schuld der Post, sondern des Herrn Meier. Dieser hätte bei der Anmeldung des Gespräches sagen sollen, daß er „Berlin, Zentrum 2167, Herrn Schulze" zu sprechen wünsche, dann hätte das Berliner Amt Zentrum die Firma benachrichtigt, daß Herr Schulze von Herrn Meier gewünscht würde, und erst nachdem Herr Schulze sich am Apparat gemeldet hätte, wäre die Verbindung mit dem Anschluß des Herrn Meier hergestellt worden. Wenn ferner Herr Meier nach der Anmeldung des Gespräches im Zimmer geblieben wäre oder seinen Angestellten darauf aufmerksam gemacht hätte, daß er ein Gespräch mit Berlin angemeldet habe und er jetzt zur Buchhalterei ginge, hätte das Gespräch in Wirklichkeit „nur ein paar Minuten" gedauert.

Es kommt noch hinzu, daß nach Ablauf der ersten sechs Gesprächsminuten die Gebühr für dringende Gespräche zu zahlen ist, auch wenn es bis dahin als gewöhnliches Gespräch galt. Die Gebühr für das Herbeirufen des Herrn Schulze (Voranmeldung) beträgt dagegen bei Gesprächen auf Entfernungen bis 100 Kilometer nur 40 Pfennig, über 100 Kilometer ein Drittel der Gebühr für ein gewöhnliches Dreiminutengespräch, das in der Zeit von 8 bis 19 Uhr geführt wird. Herr Meier kann außerdem noch ein Drittel der Gesprächsgebühren sparen, indem er in der Zeit von 19 bis 8 Uhr spricht.



Die Hasenjagd.

Für viele und wohl für die meisten Jäger beginnt mit der Hasenjagd der wichtigste Teil ihrer Weidmannslebens. Abgesehen von den Fällen, wo dem Jäger eine Wasserjagd zur Verfügung steht, die in diesem Jahre vielleicht besser ausgefallen ist, als man anfangs vermutete, hat es im Laufe dieses Sommers wenig zu schießen gegeben.

Ganz besonders die Rebhuhnjagden haben manchen Jäger enttäuscht, wenn andererseits auch nicht verkannt werden soll, daß der sonnige Sommer viele Schäden der letzten nassen Jahre ausgeglichen hat und der Vermehrung der Hühner günstig gewesen ist. Es sind im Herbst stärkere Ketten bemerkt worden als in den Jahren vorher, und, was die Hauptsache ist, es ist in diesem Jahre besonders geschont worden. Das wird sich hoffentlich im nächsten Herbst auswirken, wenn nicht, was ja in unseren Breiten nichts Seltenes ist, die Witterung wieder einen Strich durch die Rechnung macht.

Aber nun geht erst einmal die Hasenjagd auf, nachdem durch ministerielle Verfügung auch dem Hasen eine längere Schonzeit zugebilligt worden ist, als sonst üblich, nämlich um volle vier Wochen. Das war durchaus berechtigt, nicht, weil allzu viel Hasen der Strenge des letzten Winters zum Opfer gefallen wären, das ist durchaus nicht der Fall; sondern weil erst überhaupt im November mit dem ersten Schnee die rechte Zeit zur Hasenjagd gekommen ist. Am 1. Oktober, dem Tage des sonst üblichen Jagdbeginns, ist der Hase im allgemeinen noch nicht ausgewachsen, es hoppelt noch manches Junghäschen umher, das erst vor wenigen Monden gesetzt ist und das zu seiner völligen Entwicklung noch einiger Zeit bedarf. Auch der Balg ist noch nicht fest genug, und die ganze Stimmung ist im Oktober noch nicht auf Hasenjagd eingestellt. Höchstens den obligaten Küchenhasen sollte man schießen, im übrigen aber, wie es diesmal das Gesetz befiehlt, den 1. November abwarten. Und der liegt nun schon hinter uns.

Die Treibjagden stehen vor der Tür. Mancher, der im allgemeinen seinen Hasen lieber in einer Wildhandlung „schießt", weil das billiger und zudem sicherer ist, nimmt jetzt wieder die Büchse zur Hand und steht wieder in der Schützenkette. Was schadet's, wenn er dabei die Erfahrung machen muß, daß der Hase für ihn „vorne zu schnell und hinten zu kurz" ist, er hat an der Treibjagd teilgenommen, und ist er hier nicht Jagdkönig geworden, so kann er beim Schüsseltreiben zeigen, daß er doch der rechte Mann am rechten Ort zu sein vermag. Und damit: Weidmannsheil!

Landwirtschaftliches.

◇ **Wie erhalte ich Tomatensamen?** Tomatensamen läßt sich sehr leicht gewinnen. Wie wohl jeder schon festgestellt haben wird, enthält die Tomate eine Menge Samen. Diese sitzen im Fruchtfleisch. Man läßt die Früchte recht reif werden, zerdrückt sie und legt sie in ein Gefäß mit Wasser. Nach einigen Tagen werden sich nun die Samen von dem Fruchtfleisch gelöst haben. Treibt man die Masse nun durch ein Sieb, so werden die Samen zurückbleiben. Diese trocknet man nun an sonniger Stelle und hebt sie über Winter trocken und luftig auf.

Warum sollte mehr Wintergerste angebaut werden?

Von Landwirtschaftsrat **Dr. Spahr**, Naumburg a. d. Saale.

(Nachdruck verboten.)

Andere Zeiten erfordern andere Maßnahmen. Das Brotgetreide wird schlecht bezahlt, es fehlt das Geld zum Kauf wertvoller Futtermittel, Arbeitermangel macht sich überall bemerkbar. Hilfe von außen ist nicht zu erwarten und nur die Selbsthilfe kann den Landwirt vor dem Ruin bewahren. Wirtschaftliche Umstellungen lassen sich nicht mehr umgehen, je eher sie erfolgen, um so besser. Dahin gehört auch die Ausdehnung des Anbaues der Wintergerste auf Kosten der anderen Getreidearten.

Welche Vorteile bietet sie?

1. Sie ermöglicht eine bessere Arbeitsverteilung und damit ein besseres Auskommen mit den vorhandenen Arbeitskräften, da ihre Aussaat, Bearbeitung und Ernte früher erfolgt als bei Roggen.

2. Sie liefert ein eiweißreicheres Futter als die Sommergerste und erspart den Zukauf von Kraftfuttermitteln.

3. Sie ist eine sichere Frucht mit guten Kornerträgen, da sie sich im Herbst vollständig bestockt, im Frühjahr sich zeitig entwickelt, die Winterfeuchtigkeit daher besser ausnutzt und weniger unter den oft trockenen Vorsommern leidet.

4. Sie ist eine vorzügliche Vorfrucht für Gründüngungspflanzen, da sie das Feld zeitig räumt.

Zur Vermeidung von Mißerfolgen ist folgendes zu beachten:

1. Der Hauptnährstoffbedarf der Wintergerste fällt in den Herbst. Da diese Entwicklungszeit nur kurz ist, sind die Nährstoffe in leichtlöslicher Form zu reichen. Bei ihrer Verwendung für Futterzwecke darf an Phosphorsäure und Stickstoff nicht gespart werden, zumal unsere Böden an diesen Nährstoffen oft arm sind. Man gibt je ¼ Hektar: im Herbst 1 Zentner 40prozentiges Kali, 3 Zentner Superphosphat, ¾ Zentner schwefelsaures Ammoniak, im Frühjahr vor dem Schossen je nach Stand: —30—50 Pfund Kalksalpeter.

2. Die Einsaat darf nicht in ein loses Saatbeet erfolgen, da sonst Auswinterung erfolgt. Vor und gegebenenfalls nach der Saat ist zu walzen.

3. Bei starker Herbstbestockung muß im Frühjahr die Gerste gewalzt werden, um einer Lagerung vorzubeugen.

4. Wintergerste sät man nicht auf dornahe Aecker, da sie hier stark dem Sperlingsfraß ausgesetzt ist.

Als beste Sorten gelten heute: Friedrichswerther Berg- und Eckendorfer Mammut-Wintergerste.

Die Kleinste Motor-Spritze.

Auf der Commercial Motor Vehicle Show (Kraftfahrzeugschau) in der Olympia Hall in London, erregt diese kleine Feuerspritze Aufsehen. Sie hat eine Stundengeschwindigkeit von 80 Kilometern.

Wetterlage.

Das Hochdruckgebiet, das unser trockenes und heiteres Wetter bedingt, wird zwar besonders über Skandinavien durch das ostwärts fortschreitende Islandtief abgebaut, dürfte aber noch stark genug sein, um ein trockenes Sonntagswetter zu sichern. Die Temperaturen werden jedoch weiterhin ziemlich niedrig liegen. In der nächsten Nacht dürfte es außerhalb der Stadt vielfach zu leichten Frösten kommen.

Bekanntmachung.

Die Drucklegung der von dem verstorbenen Pfarrer Pfeil-Wennungen geschriebenen Chronik der Stadt und der Burg Nebra geht ihrer Vollendung entgegen.

Herr Oberlandesgerichtsrat Pfeil-Naumburg fertigt zu dem Werk seines Onkels Federzeichnungen. Es wäre außerordentlich wertvoll, wenn auch eine Federzeichnung des alten Rathauses der Stadt Nebra, das auf dem Marktplatz gestanden hat und in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts niedergebrannt ist, in das Werk aufgenommen werden könnte.

Sollten sich in irgend einer Familie in Nebra oder Umgegend Bilder mit dem alten Rathaus befinden, so bitte ich im Interesse der guten Sache diese Bilder Herrn Oberlandesgerichtsrat Pfeil-Naumburg auf kurze Zeit zu überlassen, damit er an Hand dieser Bilder die Federzeichnung für die Chronik herstellen kann. Die Bilder können an mich persönlich abgegeben werden.

Nebra, den 6. November 1929.

Stattmann, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Für den Stadtbezirk Nebra sind **2 Ziegenböcke des Oebsters Hermann Müller, Lämmergasse, zum Decken fremder Ziegen zugelassen** worden.

Andere Ziegenböcke dürfen zum Decken fremder Ziegen nicht verwandt werden. Bei Zuwiderhandlungen machen sich Bock- und Ziegenhalter strafbar.

Nebra, den 5. November 1929. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die Grasnutzungen

für die Jahre 1930, 1931 und 1932

an den Böschungen und Dämmen des Unstrut-Kanals bei Nebra sollen **in Nebra am Donnerstag, den 14. November d. Js.,** vormittags 9½ Uhr im Gasthaus „Zur Burg" öffentlich meistbietend unter den im Termin bekannt zu gebenden Bedingungen verkauft werden.

Von zahlreichen bisherigen Pächtern ist der Wunsch ausgesprochen, ihre jetzigen Parzellen zu den alten Bedingungen auf die nächsten drei Jahre pachtweise weiter behalten zu dürfen und will sich die Sozietät damit einverstanden erklären. Derartige Anträge sind rechtzeitig vor Beginn der Termine zu stellen.

Artern, den 5. November 1929

Die Kasse der Sozietät zur Regulierung der Unstrut von Bretleben bis Nebra.

G. Wagner.

Gasthof zur Sorge

Sonnabend, den 9. November,

Schlachtefest

Von vorm. 10 Uhr an **Wellfleisch**

Abends **Wurstschmaus**

Sonntag, den 10. November

von ½8 Uhr an:

Dielenbetrieb

Es ladet freundlichst ein **H. Bernschein**

Junges ehrliches

Mädchen

f. die Vormittagsstunden gesucht

Stelzer, Breitestraße 35.

Spielkarten

empfiehlt

Walter Scharf.

Heute frische Bücklinge Ww. Meitz

Neu erschienen:

Funk Post

Große Rundfunk-Programm-Zeitschrift für Alle!

ausführliche Programme aller Sender!

NUR 20 PFENNIGE

UNTERHALTUNG-BILDER-ROMAN-TECHNIK

Überall zu haben!

Probeheft gern umsonst! Funk-Post, Berlin N 24

Französisch

übt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse vorhanden, mit Beihilfe einer französischen Zeitung. Dazu eignet sich ganz besonders der vorzüglich redigierte und bestempfohlene

Le Traducteur

Fanzös.-deutsches Sprachlehr- u. Unterhaltungsblatt.

Probenummer kostenlos durch den

Verlag des **Traducteur** in **La Chaux-de-Fonds** (Schweiz)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291107-16/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 132 — Donnerstag, den 7. November 1929 — 42. Jahrgang

Frühere Einberufung des Reichstages?

Baldige Erledigung des Volksentscheides.

Berlin, 5. November.

Innerhalb der Reichsregierung wird erwogen, den Reichstag früher als zu dem ursprünglich vorgesehenen Datum, den 26. November, einzuberufen. Der Grund für diese frühere Einberufung soll darin liegen, daß der Reichsregierung darum zu tun ist, den jetzt stattfindenden Volksentscheid so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen.

Die Regierung wird deshalb gleich nach der Einberufung gemäß den Gesetzesbestimmungen das sogenannte Freiheitsgesetz dem Reichstag vorlegen und ihre ablehnende Stellungnahme dabei zum Ausdruck bringen. Außer dieser Gesetzesvorlage wird der Reichstag auch bei einem früheren Zusammentreten bereits Beratungsstoff vorfinden, da andere wichtige Gesetzentwürfe noch der Erledigung harren, z. B das Gesetz zum Schutz der Republik und das Reichsministergesetz. Die endgültige Entscheidung über den Zusammentritt des Reichstags wird voraussichtlich in einer Besprechung der Parteiführer vereinbart werden, die in den nächsten Tagen stattfindet.

Um das Ehescheidungsgesetz.

Auszug des Zentrums aus dem Rechtsausschuß.

Berlin, 6. November.

Im Rechtsausschuß des Reichstages stand erneut die Frage der Ehescheidungsreform zur Beratung.

Gleich zu Beginn der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall.

Die Deutschnationalen gaben zunächst eine Erklärung ab, wonach ihre Partei jede Teillösung in dieser Frage ablehne. Der Abgeordnete Pfleger (Bayer. Volkspart.) brachte in einer Erklärung zum Ausdruck, daß für seine Person die Erleichterung der Ehescheidung eine so schwerwiegende politische Frage sei,

daß weder im Reich noch in einem Lande ein Mitglied seiner Partei einer Koalition angehören könne, deren Mehrheit sich für die Erleichterung der Ehescheidung ausspreche.

Er beteilige sich an weiteren Beratungen nur, um Verbesserungen der Anträge zur Annahme zu verhelfen. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell teilte mit, daß seine Partei bei der Reichsregierung wegen der Behandlung dieser Frage im Ausschuß vorstellig geworden sei, aber noch keine Antwort erhalten habe.

Solange seine Partei darüber nicht unterrichtet sei, könne sie nicht an den Sitzungen des Rechtsausschusses teilnehmen. Hierauf verließen die Vertreter des Zentrums geschlossen den Saal.

Die Erkrankung des Prinzen Max v. Baden

Das Befinden unverändert ernst.

Konstanz, 5. November.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat sich Prinz Max von Baden schon seit einigen Wochen nicht wohl gefühlt und auf Schloß Kirchberg, wohin er mit seiner Familie übergesiedelt war, sehr zurückgezogen gelebt.

Vor einiger Zeit erlitt Prinz Max einen Schlaganfall, der eine Ueberführung nach dem Krankenhaus in Meersburg notwendig machte. Da aber dort die nötigen Räume für den Patienten nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, ordnete der Hausarzt Dr. Zimmermann die Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus in Konstanz an, wo er sich seit etwa zwei Wochen befindet. Der Zustand des Patienten hat sich in den allerletzten Tagen so verschlimmert, daß es zu ernsten Befürchtungen Anlaß gibt. Bisher ist keine Veränderung im Befinden eingetreten.

Böse Tage in Polen.

Pilsudskis Regime.

Warschau, 6. November.

Angesichts der völlig unklaren Lage werden in parlamentarischen Kreisen mit ziemlichem Nachdruck zwei Gerüchte verbreitet. Das eine besagt, daß das Schicksal des Kabinetts Switalski bereits entschieden sei, und zwar in dem Sinne, daß für den entscheidenden Kampf mit der Opposition ein noch stärkerer Mann (d. h. wohl Marschall Pilsudski) an die Spitze der Regierung treten solle. Spätestens am Dienstag werde über die Veränderungen innerhalb des Kabinetts, die von langer Hand vorbereitet seien und nichts mit dem angekündigten Mißtrauensvotum der Opposition zu tun hätten, völlige Klarheit herrschen. Das zweite Gerücht will wissen, daß das Parlament um einen Monat vertagt werden solle. Ob in diesen, von Mund zu Mund verbreiteten Nachrichten, deren Ausgangspunkt nicht zu ermitteln ist, ein wahrer Kern steckt, kann nur die Zeit lehren. Da sie aus einer außerordentlich erregten Atmosphäre stammen, sind die Gerüchte natürlich mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Dem Sejmmarschall Daczynski ist ein Brief des Staatspräsidenten übermittelt worden. Der Brief stellt eine Antwort auf die Weigerung Daczynskis dar, an einer Sitzung

englischen Blattes erneut darauf hin, daß die Ernennung **Maginots zum französischen Kriegsminister auch in London gewisse Sorge hervorgerufen habe, was auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß Maginot allgemein als das Sprachrohr der Marschälle und des französischen Generalstabes angesehen werde, die den Gedanken einer vorzeitigen Rheinlandräumung nach wie vor ablehnten und alles begrüßten, was auf eine Verzögerung der Räumung hinauslaufe.**

Der „Figaro" ist der Ansicht, daß die Anwesenheit Briands im Kabinett Tardieu von ausschlaggebender Bedeutung dafür ist, ob das Kabinett am Donnerstag das Vertrauen der Kammer erhalten wird oder nicht.

Das Schicksal der neuen Regierung

hänge zum großen Teil von der Haltung der Radikalsozialisten und der unionistischen und sozialen Linken, der Gruppe des Abgeordneten Franklin Bouillon ab. Der „Figaro" hat deshalb ein Mitglied der radikalsozialistischen Kammergruppe, den Abgeordneten Lamoureux, um Darlegung seines Standpunktes gebeten. Lamoureux erklärte, er glaube, wenn das Kabinett auch die Klippen des ersten Tages erfolgreich umsegle, so werde

die Aussprache über die Kredite

für die neuen Unterstaatssekretäre sicherlich nicht in Ruhe verlaufen. Tardieu habe einen schweren Fehler begangen, indem er in erstaunlicher Weise die Zahl seiner Kabinettsmitglieder vermehrte.

Die Radikalsozialisten würden sich einmütig oder fast einmütig in Opposition befinden. Den Radikalsozialisten seien die Schwierigkeiten der internationalen Lage bekannt. Sie hätten in voller Kenntnis der Sachlage das große Friedenswerk Briands gebilligt und würden es weiter gutheißen.

Mit großen Befürchtungen betrachte er aber die häufigen Regierungskrisen. Nach seiner Meinung werde Frankreich eine ähnliche Zeit durchmachen wie im Sommer 1926. Unmittelbare finanzielle Gefahren bestünden nicht mehr, der Haushalt sei im Gleichgewicht, der Staatsschatz gesundet. Trotzdem sei die Unsicherheit, die aus einer

Täuschung über die Mehrheit

entstanden sei, für die Interessen des Landes sehr gefährlich. Er glaube nicht, daß das die letzte Kabinettskrise gewesen sei. Franklin Bouillon führte dem Vertreter des „Figaro" gegenüber aus, er werde die Regierung um eine Klarstellung über die Rheinlandfrage, die Durchführung des Young-Planes und die davon abhängenden Fragen ersuchen. Er wisse nicht, ob das Kabinett von Dauer sein werde. Auf jeden Fall sei er entschlossen, ihm seine Stimme nicht zu geben. Vielleicht werde er sich der Stimme enthalten, wenn die erbetene Erklärung abgegeben werde.

Das Land dürfe sich nicht im Unklaren über die Außenpolitik befinden. Da Briand heute wie am 22. Oktober an der Macht sei, müsse man wissen, inwieweit sich die Bedingungen seiner Anwesenheit im Kabinett geändert hätten.

Bekämpfung der englischen Arbeitslosigkeit

Minister Thomas im Unterhaus.

London, 6. November.

Der Minister zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Thomas, gab im Unterhaus einen Rechenschaftsbericht über seine bisherigen Erfolge und die weiteren Pläne auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit.

Die Regierung gehe bei ihren Plänen in erster Linie davon aus, wie öffentliche Gelder zur Beschaffung zusätzlicher Arbeit verwandt werden könnten, die aber gleichzeitig in möglichst hohem Grade produktiven Wert für die Nation besitzen müßte. Das Ziel sei eine Förderung der Ausfuhr, Anspornung der Leistungsfähigkeit der Industrie im allgemeinen und Steigerung der Aufnahmefähigkeit aller Teile des britischen Weltreiches. Der für die Vergebung zusätzlicher Arbeiten eingesetzte Ausschuß habe bereits 220 Millionen Mark für die Verbesserung der Wasserversorgung bewilligt. Pläne für die Bereitstellung weiterer 200 Millionen Mark würden geprüft. Thomas zählte dann die bereits getroffenen oder in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen auf.

Unter ihnen sind hervorzuheben ein Auftrag von 10 000 Tonnen Stahlschlafwagen, Elektrifizierungsverträge im Werte von 25 Millionen Mark, Straßenausbesserungen und Neubauten für einen Zeitabschnitt von fünf Jahren im Werte von 190 Millionen Mark sowie Inangriffnahme eines weiteren Straßenbauprogramms für die folgenden fünf Jahre mit einem Kostenaufwand von 560 Millionen Mark. Pläne für den Ersatz von zwei großen Londoner Bahnhöfen durch moderne Neubauten mit gleichzeitigen Verkehrserleichterungen wurden für den nächsten Tagungsabschnitt angekündigt. Auf dem Gebiete der kolonialen Entwicklung werde der Bau einer modernen Brücke über den Sambesi für 50 000 Mann monatlich Arbeit schaffen. Ein Plan für eine bedeutsame Ausfuhr britischen Stahls nach Kanada befinde sich in Vorbereitung, und er hoffe, daß es möglich sei, auch auf anderen Gebieten die Ausfuhr zu steigern.

Thomas schloß mit der Feststellung, daß die allgemeine Wirtschaftslage einen Aufschwung zeige und die Aussichten sich gegenüber früher verbessert hätten.

Ungünstiger Eindruck der Erklärungen an Thomas.

Die von Minister Thomas im Unterhaus angekündigten Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in Großbritannien haben weder bei der Opposition noch in den arbeiterparteilichen Kreisen einen guten Eindruck gemacht. Allgemein ist man der Ueberzeugung, daß das von Thomas vorgelegte Programm keinen Anlaß bietet, auf eine baldige oder wesentliche Verringerung der Arbeitslosigkeit hoffen zu können. Im Gegenteil rechnet man damit, daß die Ziffer der Arbeitslosen im kommenden Winter nur wenig, vielleicht aber auch gar nicht zurückgehen werde. Bemerkenswert ist auch die Unzufriedenheit im sozialistischen Lager. Der Abgeordnete Maxton, der nach den konservativen und liberalen Rednern sprach, kündigte bereits in deutlicher Form an, daß ihm die bisherigen Zusagen des Ministers in keiner Weise genügten.

Alarmierendes Gerücht.

Die Falschmeldung über den Tod König Georgs.

Paris, 5. November.

Die Pariser Funkstation, die

eine Nachricht vom Tode des englischen Königs

verbreitete und damit sowohl in Frankreich wie auf dem europäischen Kontinent das größte Aufsehen erregte, rechtfertigt diesen Bericht folgendermaßen: Während der normalen Abwicklung des Programms habe einer der Ansager

einen telephonischen Anruf einer Nachrichtenagentur

erhalten, in dem der Tod des englischen Königs mitgeteilt wurde. Da die Funkstation des öfteren durch diese Nachrichtenagentur telephonisch unterrichtet wird, glaubte sie, keine Veranlassung zu haben, an der Richtigkeit zu zweifeln, und verbreitete die Nachricht, ohne sich vorher endgültig zu vergewissern.

Inzwischen waren jedoch Bedenken aufgetaucht.

Als die Funkstelle sich nun an den maßgebenden Stellen in Paris erkundigte, wurde ihr mitgeteilt, daß die Nachricht, die inzwischen schon den Weg durch ganz Europa genommen hatte, falsch sei.

Havas stellt Strafantrag.

Die Agentur Havas hat Strafantrag gestellt gegen die Betrüger, die sie in der letzten Woche mit falschen Nachrichten beliefert haben. Das letzte Mal wurde der Name der Agentur mißbraucht, indem dem Pariser Rundfunksender „Radio Paris" die Falschmeldung vom angeblichen Tode des englischen Königs übermittelt wurde.

Neues Personal in den Handelsvertretungen.

Kontrollorgane der Tschekа.

Moskau, 6. November.

Die Regierung der Sowjetunion hat im Zusammenhang mit den letzten Verfehlungen in den Handelsvertretungen im Ausland beschlossen, das Personal abzuberufen und die Handelsvertretungen mit kommunistischen Arbeitern zu besetzen. Die große russische Gummifabrik Treugolnik hat bereits 20 Arbeiter nach Deutschland und Frankreich entsandt, um sie in den Handelsvertretungen der Sowjetunion ausbilden zu lassen.

Der ehemalige stellvertretende Leiter der OGPU. Trilisser wurde zum Mitglied der zentralen Kontrollkommission der kommunistischen Partei ernannt. Trilisser wird die Kontrolle über die Tätigkeit der russischen Beamten im Auslande führen. Er wird den gleichen Posten bekleiden, wie Roisenman, der bekanntlich vor mehreren Wochen den Botschaftsrat Bessedowsky in Paris aufgefordert hat, nach Moskau zu kommen, um sich dort vor der Regierung zu verantworten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291107-16/fragment/page=0005